

**Rede  
des Sprechers für Haushalt und Finanzen**

**Alptekin Kirci, MdL**

zu TOP Nr. 24

**Haushaltsberatungen 2022/2023 - Schwerpunkt  
Finanzen und Hochbau**

während der Plenarsitzung vom 14.12.2021  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben heute und auch in der ersten Lesung des Haushalts mehrfach den Begriff der Schuldenbremse gehört. Die Oppositionsfraktionen werden nicht müde, SPD und CDU immer wieder unterschiedliche Auffassungen zu der Frage zu unterstellen, wie die Schuldenbremse einzuhalten ist.

Dieser Haushaltsentwurf macht deutlich, wie handlungsfähig die regierungstragenden Fraktionen sind. Dieser Entwurf berücksichtigt in herausragender Weise die finanzpolitischen Notwendigkeiten, die sich aus der Bekämpfung der Pandemie und ihren Auswirkungen auf die Einnahmen ergeben haben und weiter ergeben. Er stattet die Exekutive mit den Mitteln aus, die es für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Niedersachsen braucht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle die Bestrebung des Finanzministeriums herausheben, im hauseigenen Budget einen Schwerpunkt auf die Modernisierung der Steuerverwaltung zu legen. Wie schon die Regierungsfaktionen in der politischen Liste legt auch das Finanzministerium im hauseigenen Budget einen Schwerpunkt auf die Modernisierung der Steuerverwaltung. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine moderne Berufsausbildung, damit die Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten weiterhin so effizient ihren wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwohl leisten können. Schließlich ist eine effiziente und schlagkräftige Steuerverwaltung das Rückgrat dessen, was wir heute besprechen.

In den kommenden Jahren scheidet rund ein Viertel der heute in den Finanzämtern Beschäftigten aus dem Dienst aus. Die Steuerverwaltung muss sich also im Wettbewerb um geeignete Fachkräfte als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Dafür sind Mittel in Höhe von 704.000 Euro bzw. 234.000 Euro vorgesehen, dazu 478 Stellen für Nachwuchskräfte.

Gleichzeitig wird die Steuerverwaltung moderne Anforderungen an die rechtssichere Abwicklung ihrer Aufgaben erfüllen müssen, beispielsweise der Ausgaben, die sich aus der Grundsteuerreform ergeben.

Daher begrüßen wir, dass das Finanzministerium insgesamt rund 9 Millionen Euro in die Hand nimmt, um die Ausbildung zu digitalisieren, Kommunikation und Datenaustausch zu verbessern oder etwa Homeoffice-Arbeit leichter zugänglich zu machen. Die Fraktionen von SPD und CDU haben diese Bestrebung im Rahmen der politischen Liste um weitere 2 Millionen Euro aufgestockt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Vorhaben unter der Federführung des Finanzministeriums wird die Reorganisation des Staatlichen Baumanagements sein. Auch hier stehen wir steigenden Aufgabenanforderungen

gegenüber, die die Verwaltung personell herausfordern. Das Haus hat nun ein Organisationsmodell vorgelegt, das im Pilotvorhaben „Staatliches Baumanagement Region Nord-West“ ab dem kommenden Jahr erprobt werden wird.

Inwieweit dieses Modell auf andere Ämter im Staatlichen Baumanagement übertragen werden kann, wird nach Abschluss der Evaluierungsphase zu entscheiden sein. Die Synergien sollen Kosten sparen. Das Organisationsmodell ermöglicht es, mit der bestehenden Stellenkulisse mehr Baumaßnahmen abzuwickeln.

Meine Damen und Herren, abschließend gehe ich gerne auch auf die Haushaltsvorschläge der Opposition ein. Die Grünen sehen u. a. einen Betrag von 3 Millionen Euro für ein Stellenhebungsprogramm vor. Dies entspricht ca. 200 Stellenhebungen. Dazu kommen im Rahmen eines Praxis-Aufstiegsprogramms 100 Stellenhebungen. Leider ist die Berechnung dazu nicht nachvollziehbar. Ein Stellenhebungsprogramm würde alle Stellen dauerhaft betrachten und zusätzlich erhebliche Mehrkosten verursachen. Insgesamt hätten diese Anträge gravierende Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung. Woher die Fachkräfte kommen sollen, bleibt Ihr Geheimnis.

Der Ansatz der Grünen, zusätzliche Mittel über das Corona-Sondervermögen für durchaus sinnvolle Maßnahmen einzusetzen, ist verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Dazu haben wir schon ausgeführt.

Die FDP schlägt in guter Tradition Stellenabbau vor, und einer ihrer neuesten Vorschläge - den sie immer wieder anführt - ist die sogenannte Digitalwende. Zum Drei-Säulen-Modell haben wir uns auch schon geäußert.

Sehr geehrte Damen und Herren, die regierungs-tragenden Fraktionen setzen 2 Millionen Euro ein, um die Steuerbeamtinnen und -beamten zeitgemäß auszustatten. Die Beamtinnen und Beamten der Finanzbehörden leisten großartige Arbeit. Gerade auch in der Pandemie haben sie ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und ihren Kolleginnen und Kollegen in den Gesundheitsämtern unter die Arme gegriffen. Nun modernisieren wir die technische Ausrüstung mit Mitteln aus der politischen Liste. So können die Steuerbeamtinnen und -beamten noch besser arbeiten. Auch die Arbeit aus dem Homeoffice ist dann leichter möglich.

Auch ist es uns gelungen, die Corona-Sonderzahlung auf Beamtinnen und Beamte im öffentlichen Dienst zügig zu übertragen.

Beamtinnen und Beamte erhalten bis zum Frühjahr eine steuerfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro, Anwärtinnen und Anwärter erhalten 650 Euro. Zudem erhalten die Finanzbehörden zusätzliche 500.000 Euro für das

Pilotprojekt „Einsatz von IT-Forensik und Künstliche Intelligenz für die Auswertung von Datenleaks“.

Abschließend möchte ich mich bei unserem Finanzminister für die gute Zusammenarbeit und für die gute Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium bedanken. Auch einen ganz herzlichen Dank für die guten Beratungen im Ausschuss; auch wenn man nicht immer derselben Meinung ist, was die Arbeit aber auch interessant macht.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.